

# HOFFNUNGSSCHIMMER – UNIDAD POPULAR (1970-73)

Der chilenische Weg zum Sozialismus ist im Kontext einer weltweiten Zuspitzung sozialen Protestes zu sehen. In den peripheren Ländern verstärkte sich die sozialrevolutionäre Linie, zum Teil mit deutlichen Abgrenzungen vom traditionell sowjetischen Modell. China versuchte durch die Kulturrevolution einen spezifisch chinesischen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, während die kubanische Revolution sich mit dem sog. »Tropischen Marxismus« konsolidierte, in Vietnam der Aufbau einer sozialistischen Volksrepublik betrieben wurde und der Pan-arabische Sozialismus sich formierte. Ausgehend von den Bischofskonferenzen in Medellín (1968) und Puebla, entwickelten Teile der lateinamerikanischen katholischen Kirche mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil im Rücken die »Theologie der Befreiung« mit der Option für die Armen. Doch beschränkte sich der Protest nicht nur auf die Peripherie. Das Jahr 1968 kann mit Protesten und Aufständen unter anderem in Frankreich, der BRD, der Tschechoslowakei, Mexiko, der Türkei und den USA als Wegscheide im kapitalistischen Weltsystem angesehen werden, die sich gegen die US-Hegemonie einerseits und die traditionelle Linke, sei es die KPdSU oder die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten Westeuropas, andererseits wandte (Wallerstein 1991: 65-83).

Für Lateinamerika waren die 1960er Jahre eine Dekade großer Hoffnung auf gesamtgesellschaftliche Verbesserung, die aber bereits von dem Misslingen verschiedener revolutionärer Projekte wie dem Desaster Che Guevaras in Bolivien geprägt war. In diesem Kontext kam dem spezifisch chilenischen Weg zum Sozialismus besondere Bedeutung zu, da er sich in den vorgegebenen Strukturen der bürgerlichen Legalität bewegte. In diesem Sinne war die *Unidad Popular* ein sozialistisches Modell, das auch auf die Linksparteien Europas und den sog. Eurokommunismus große Ausstrahlungskraft hatte. Für Halperin Donghi stellt der chilenische Weg zum Sozialismus für Lateinamerika „einen paradoxen Endpunkt für ein Jahrzehnt dar, das in seiner Konflikthaftigkeit unter dem Stimulus eines völlig anderen revolutionären Modells gestanden hatte. Die Herausforderung, die in der tragischen Gestalt Che Guevaras symbolisiert gewesen war, wich jetzt einer andern, die ihre unerwartete Verkörperung in der ungleich konventionelleren Gestalt eines altgedienten Politikers fand, der sämtliche steinige Wege der chilenischen Politik begangen hatte.“ (Halperin 1991: 689).

Chile wurde zum Paradigma für den Scheideweg zwischen Revolution und kapitalistischer Reform, weil diese Entscheidungssituation in Chile besonders offenkundig war: „Im Gegensatz zur rätselhaften Entwicklung Perus und zum Immobilismus Kolumbiens verkörpernten sich in Chile die politischen Alternativen Lateinamerikas genauer und deutlicher als in jedem anderen Land des Subkontinents. Seit 1958 stand die sozialistische Alternative, gegen die die Allianz für den Fortschritt die soziopolitischen Energien Lateinamerikas zu mobilisieren suchte, der chilenischen Wählerschaft offen.“ (Halperin 1991: 681). Zu der Präsidentschaftswahlen von 1958 hatten sich die PS, die PC und andere linke Gruppen zu einer Volksfront zusammengeschlossen (FRAP), deren Kandidat Salvador Allende die Präsidentschaft knapp verfehlte. Bei den nachfolgenden Wahlen trat Allende wiederum als Kandidat der Linken an, vereinte 39% der Stimmen auf sich, musste sich aber Eduardo Frei, dem gemeinsamen Kandidaten der Rechten und der Christdemokraten, geschlagen geben. Vier Jahre darauf – bei seiner 4. Präsidentschaftskandidatur – erzielte Salvador Allende dann als Kandidat des Parteienbündnisses der *Unidad Popular* am 4. September 1970 die relative Mehrheit bei den Präsidentschaftswahlen und wurde am 4. November vom Parlament, in dem die UP nicht die Mehrheit besaß, zum Präsidenten gewählt.<sup>85</sup>

## Der chilenische Weg zum Sozialismus

Die *Unidad Popular* setzte mit ihrer Politik an der Stelle an, an dem das Reformprojekt der vorigen christdemokratischen Regierung im Sande verlaufen war. Unter dem Slogan »Revolution in Freiheit« hatten die Christdemokraten ein weitreichendes Reformkonzept verfolgt, das unter anderem eine Agrarreform sowie die Nationalisierung des Kupferbergbaus umfasste. Doch bereits 1967 wurde deutlich, dass die Christdemokraten nicht in der Lage waren, entsprechende Reformen durchzusetzen, zumal sie die strukturellen Gründe der Abhängigkeit unberücksichtigt ließen. Sie setzten im Kontext der Allianz für den Fortschritt auf die (kapitalistische) Kontinuität im Wandel. Die *Unidad Popular* dagegen setzte auf strukturelle Änderungen, auf einen spezifisch »chilenischen Weg zum Sozialismus«, der sich im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung vollziehen sollte.

Zwar bewegte sich die *Unidad Popular* im diskursiven Raum des Entwicklungsdenkens, aber es gab eine andere Zielperspektive, bei der der Mensch mit seinen Bedürfnissen im Zentrum stand. Allendes Botschaft an den Kongress vom 21. Mai 1971 lautete: „Unsere Aufgabe besteht darin, als Chiles Weg zum Sozialismus ein neues Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, das

den Menschen, seine Bedürfnisse und seine Forderungen in den Mittelpunkt stellt, zu definieren und in die Praxis umzusetzen.“ (Allende 1972: 33). Damit wurde der chilenische Weg zum Sozialismus ein Modell oder „soziales Laboratorium“ (Allende 1972: 93) für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Die Hauptpfeiler der Politik Allendes waren die Vertiefung der Agrarreform und die Verstaatlichung des Kupferbergbaus sowie weiterer zentraler Wirtschaftsbereiche und der Banken. Zudem wurden die Löhne und Gehälter angehoben und neue Wohnungen geschaffen. Ende 1971, nachdem die Verstaatlichung des Kupferbergbaus am 11. Juli einstimmig im Parlament verabschiedet worden war, sah die sozio-ökonomische Bilanz der Allende-Regierung durchaus positiv aus.<sup>86</sup> Doch danach begannen externe, zumeist von den USA betriebene Destabilisierungsmaßnahmen wie die Senkung der Kupferpreise auf dem Weltmarkt, internationale Boykottmaßnahmen, von den USA finanzierte Protestaktionen, Attentate, Kampagnen in den Medien usw. Hinzu kamen intern verursachte Probleme wie eine steigende Inflation und die Verknappung von bestimmten Konsumgütern. Die Destabilisierungsmaßnahmen mündeten am 11. September 1973 in einen Putsch der Streitkräfte.

Für die *Mapuche* bedeutete die *Unidad Popular* einen Bruch in der bisherigen Politik der Unterdrückung. Zum ersten Mal wurde der chilenische Staat von einer Regierung geführt, die mit der Durchführung einer Agrarreform, des Indígena-Gesetzes von 1972 und der Gründung des Instituts für Indígena-Bildung bestimmte Interessen der *Mapuche* und ihre Partizipation an politischen Prozessen ermöglichte.

## Ein revolutionärer Indigenismus

Im Zuge des Aufschwungs linker Strömungen in den 1960er und 1970er Jahren bis hin zur Regierung der *Unidad Popular* entstand in Chile eine marxistisch ausgerichtete Anthropologie, die die *Mapuche* zunehmend weniger als autonome Ethnie, sondern als Bestandteil der ausgebeuteten Klassen der kapitalistischen Gesellschaftsformation in Chile begriff. Dies bedeutete, dass die *Mapuche* nicht als isolierte Kultur auf dem chilenischen Territorium, sondern als Kleinbauern<sup>87</sup> verstanden wurden, die durch Ausbeutung in das System integriert waren.

Dieser Diskurs schlug sich in entsprechenden Strategien nieder, wie das folgende Zitat verdeutlicht: „Es gibt keine »Eingeborenen«-Lösung für die *Mapuche*, die Lösung ihrer Probleme bildet einen Teil der Veränderung der Klassenstruktur.“ (Saavedra 1977: 22). Aus dieser Perspektive wäre ein Festhalten an ethnischen Zuschreibungen gefährlich gewesen, da es rassistischen

Einstellungen Vorschub geleistet und die Klassenbildung untergraben hätte. Anders als Saavedra arbeitete Berdichewsky, der ebenfalls von marxistischen Grundpositionen ausgeht, die zweifache Unterdrückung von Rasse und Klasse heraus: Die *Mapuche* „teilen die Probleme der Verelendung, Arbeitslosigkeit und wirtschaftlichen Ausbeutung mit den arbeitenden Massen des chilenischen Volkes (besonders des Bauernstandes, zu dem die meisten gehören), sind zugleich aber Objekt rassistischer Diskriminierung. Das bedeutet, dass sie einer zweifachen Ausbeutung ausgesetzt sind. Obwohl ihr Problem hauptsächlich sozio-ökonomischer Art ist, wird es doch durch die Diskriminierung verschärft: Sie entbehren ethnische Freiheit und gleiche Chancen im kulturellen Leben.“ (Berdichewsky 1977: 7).

In letzter Instanz blieb die materielle Basis determinierend. Insofern wird heute generell kritisiert, dass hier eine unzulässige Reduktion der komplexen ethnischen Problematik auf sozio-ökonomische Kategorien stattgefunden hat und das *Mapuche*-Problem in eins mit dem Bauern-Problem gesehen wurde.<sup>88</sup> Dennoch kommt der Indígena-Gesetzgebung der UP das Verdienst zu, die Indígenas nicht nur als von ihrem Land abhängig definiert, sondern sprachliche und kulturelle Elemente zu den entscheidenden Kriterien gemacht zu haben (Aylwin 1990: 345).

In den 1960er Jahren veränderte sich der Diskurs des *indigenismo* in ganz Lateinamerika, weil er sich mit dem agrarreformerischen Diskurs artikulierte. „Unter den reformorientierten Regierungen der 60er und zu Beginn der 70er nahm der Indigenismus in Chile eine »klassenkämpferische« Orientierung.“ (Chihuailaf/Marimán 1992: 114). In diesem Diskurs trat die ethnische Frage hinter der Klassenfrage zurück. Die Integration der *Mapuche* sollte als *campesino*, als Element der Arbeiter- und Bauernklasse, in eine zukünftige sozialistischen Gesellschaft erfolgen. Dieser Diskurs war eindeutig auf die Zukunft gerichtet, was dem Hoffnungshorizont der 1960er und Anfang 1970er Jahre ebenso entsprach wie dem marxistischen Fortschrittsdenken.<sup>89</sup> An der *Mapuche-comunidad*, die sich Ende der 1960er Jahre in einem Zustand interner Hierarchisierung und massiver Proletarisierung befand, wurde nichts Bewahrenswertes mehr gesehen. Wie auch die Hacienda war die Minifundienstruktur der *comunidades* zu beseitigen. Ziel war, ähnlich wie beim *indigenismo*, die Verstärkung eines Transkulturationsprozesses, der – und hier liegt der Unterschied zum klassischen *indigenismo* – eingebettet sein sollte in einen gesamtgesellschaftlichen Wandel des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus.

## Politik des Nebenwiderspruchs

Die Regierung der UP hatte keine einheitliche, kohärente Linie in der Indígena-Politik. In ihrem Regierungsprogramm ging die UP lediglich in Punkt 7 der Agrarreform auf die Belange der *Mapuche* ein und versprach ihnen die Unantastbarkeit und Erweiterung der *comunidad* sowie technische Hilfe (Fiedeler 1988: 62). Dieser Mangel in der Programmatik der UP ist laut Cantoni darauf zurückzuführen, dass die Anhänger der UP ebenfalls stereotype Bilder der Indígenas verinnerlicht hatten, dass das Problem – von Ausnahmen abgesehen – wenig theoretisch durchdrungen war und dass es seitens der *Mapuche*-Organisationen kein geschlossenes Programm gab (Cantoni 1988: 66-68). Die UP diskutierte die ethnische Frage zunächst als taktisches Problem, ob die *Mapuche* als Bestandteil der Bauernklasse oder aber als eigene Ausbeutungskategorie zu verstehen seien. Hier ging es um die Frage, wie ethnische Identität als Nebenwiderspruch mit dem Hauptwiderspruch von Arbeit und Kapital zu verbinden sei. Aus dieser Fragestellung leitete sich das strategische Problem ab. Einig war man sich, dass die *Mapuche* integriert werden müssten, strittig blieb die Frage, ob sie als Bauern oder als ethnische Minderheit zu integrieren seien. Letztlich waren in den Dispositiven beide oftmals gegensätzliche Tendenzen enthalten. Während die Agrarreform generell die *Mapuche* als Bauern konzeptualisierte, so gewährte ihnen die Indígena-Gesetzgebung einen besonderen kulturellen Status.

## Agrarreform

Das Agrarreform-Dispositiv der *Unidad Popular* hatte das übergreifende Ziel der Zerstörung des Latifundien-Minifundien-Komplexes. Es war in den gesamtgesellschaftlichen Wandel der „Beendigung der Herrschaft der Imperialisten, der Monopole und der Oligarchie der Großgrundbesitzer und der Beginn des Aufbaus des Sozialismus in Chile“ (Regierungsprogramm der *Unidad Popular* vom 17. Dezember 1969 zitiert in Allende 1972: 142) eingebettet. Mit dieser Perspektive unterschied sich die Agrarreform der UP substantiell von den vorherigen agrarreformerischen Versuchen. Eine erste Phase der Agrarreform in Chile hatte 1928 mit dem Kolonisationsgesetz begonnen, ohne dass entscheidende Veränderungen erzielt worden wären. Eine zweite Phase begann 1962 mit dem Beitritt Chiles zur Allianz für den Fortschritt. Die konservative Alessandri-Regierung versuchte mit einer Scheinreform, der sog. »Blumentopfreform«, einen Ausgleich zwischen Modernisierung der Agrarstruktur und Bewahrung der Herrschaftsverhältnisse zu finden, was 1964 definitiv scheiterte.

Die neu an die Regierungsmacht gekommene christdemokratische Regierung unter Präsident Frei radikalisierte sich zunehmend, und im Zuge partei-interner Machtkämpfe wurde die Ausgestaltung der Agrarreform dem linken Flügel, den sog. »*Rebeldes*«, unter der Führung von Jacques Chonchol überlassen. Auf deren Initiative wurde 1967 das Gesetz Nr. 16.640 zur Agrarreform erlassen, das die Enteignung von Grundstücken, die größer als 80 Basishektar waren, sowie von ungenutzten Ländereien regelte.<sup>90</sup> Doch die Agrarreform wurde nicht konsequent genug vorangetrieben. 1966 legte Chonchol unter Protest sein Amt nieder und gründete ein halbes Jahr später die Partei MAPU, die sich von der DC abtrennte und sich 1970 zu den Präsidentschaftswahlen der *Unidad Popular* anschloss. In der Regierung der UP wurde Chonchol Landwirtschaftsminister und setzte zusammen mit dem ehemaligen linken Agrarflügel der DC seine Arbeit fort. Auf der Basis des christdemokratischen Agrargesetzes beschleunigte die Regierung der UP das Enteignungstempo. In zwei Jahren wurde soviel Land enteignet wie unter der DC-Regierung in sechs, d.h.: „Zwischen dem 4. September 1970 und dem 31. März 1972 wurden genau 2.193 Latifundien mit einer Gesamtfläche von 3,5 Mio. Hektar (das entspricht 22.269 Großgrundbesitzerfamilien) enteignet.“ (Münster 1974). Mit diesen Veränderungen wurde der Latifundien-Minifundien-Komplex endgültig zerschlagen und die jahrhundertealte politische und ökonomische Herrschaftsstruktur der Hacienda in Chile unwiderprüflich beseitigt (Chonchol 1998: 3-5).

Somit war die Agrarreform nicht auf die Assimilation der *Mapuche* fokussiert. Die Zerschlagung der Hacienda bedeutete eine Veränderung der gesamten ländlichen Verhältnisse und insofern auch der *Mapuche-comunidades*. Grundsätzlich sollten die *comunidades*, aber auch die Gründung von Indígena-Kooperativen gefördert werden. Zudem wurde mit Hilfe der Agrarreform die Rückgabe von usurpiertem *Mapuche*-Land vorangetrieben. In den ersten zwei Jahren der revolutionären Agrarreform wurden den *Mapuche* 68.381 ha Land zurückerstattet, wovon 56.455 ha von der Landwirtschaftsbehörde auf Grund des Agrarreformgesetzes enteignet worden waren, während der Rest durch Landnahmen oder besondere Übereinkünfte zwischen der CORA und dem DASIN, der *Dirección de Asunto Indígenas* des Landwirtschaftsministeriums, übergeben wurden (Aylwin 1995: 32-33).<sup>91</sup>

Die spontanen Landnahmen, vor allem von *Mapuche-comunidades* wurden im Kontext der Agrarreform als schwerwiegendes Problem diskutiert. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass es bereits unter der Frei-Regierung zu spontanen Landnahmen von *Mapuche* und Minifundistas kam. Nur mit dem Unterschied, dass diese dann – wie 1969 in Puerto Montt – blutig niedergeschlagen wurden.<sup>92</sup> Die Allende-Regierung billigte die Land-

nahmen zwar nicht, tolerierte sie aber und äußerte Verständnis für die Reaktionen der *Mapuche* nach Jahrhunderten der Unterdrückung.<sup>93</sup> Forciert wurden die direkten Aktionen der spontanen Landnahmen durch den guevaristischen orientierten MIR (*Movimiento de Izquierda Revolucionaria*) und dessen Bauernorganisation MCR (*Movimiento de Campesinos Revolucionarios*) sowie durch Teile der MAPU.

Assimilatorisch war die Politik der UP in den Fällen, in denen die *Mapuche* in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammengefasst wurden. Nachdrücklich festzuhalten ist jedoch, dass die Landgesetzgebung der *Unidad Popular* eine einzigartige Ausnahme in der Beziehung zwischen Chilenen und *Mapuche* darstellte, da zum ersten Mal seit Bestehen der Republik eine *Mapuche*-freundliche Gesetzgebung erlassen wurde, die dem 1927 eingeleiteten Teilungsprozess der *comunidades* ein Ende setzte. Das Gesetz Nr. 17.729 aus dem Jahre 1972 schrieb fest, dass die indigene *comunidad* generell unteilbar ist und die Teilung nur dann möglich ist, wenn es 100% der Mitglieder der *comunidad* forderten. Damit wurde dem Kollektiveigentum Vorrang vor dem Privatbesitz gegeben.<sup>94</sup>

## Anerkennungspolitik

Das Agrarreformgesetz 17.729 hatte einen langen von der Partizipation der *Mapuche* bestimmten Vorlaufprozess hinter sich. Bereits 1966/67 wurde es in den *comunidades* diskutiert und auf dem ersten *Mapuche*-Kongress in Ercilla vorgestellt. Hier wurden in einer Unterkommission Veränderungen erarbeitet, die im Dezember 1970 auf dem zweiten *Mapuche*-Kongress in Temuco dem frisch gewählten Präsidenten Salvador Allende überreicht wurden und in die Parlamentsdebatte Eingang fanden. Auf diesem Kongress waren nahezu alle damaligen *Mapuche*-Organisationen vertreten. Hervorzuheben ist, dass im Gegensatz zu den vorherigen Landgesetzgebungen zum einen Land an die *Mapuche* zurückerstattet wurde und zum zweiten, dass die *Mapuche* unabhängig von ihrem Land definiert wurden. Die Rückgabe von Land war durch die mittels der Verstaatlichung der Banken gegebene Möglichkeit flankiert, günstige Kredite aufnehmen zu können. Ziel war die Produktionssteigerung in Genossenschaften, *comunidades* und Staatsbetrieben. Drittens wurde die Gründung des *Instituto de Desarrollo Indígena* beschlossen, das die *Juzgados de Indios* ersetzte und die Vermittlung von staatlicher Politik und *comunidades* leisten sollte. Hier wurden ländliche Entwicklungsprogramme sowie Bildungsmaßnahmen für *Mapuche* wie Stipendien, Studentenwohnheime etc. entworfen. Wie im *indigenismo* lag ein Hauptaugenmerk der Politik der UP auf der Bildung.<sup>95</sup> Ein wegen des Putsches 1973 nicht mehr umgesetztes Projekt sah einen bilingualen Unterricht vor, bei dem allmählich der Schwerpunkt auf das

Spanische verlagert werden sollte, bis am Ende der Schulzeit nur noch spanisch gesprochen wird (Fiedeler 1988: 63). Der bilinguale Unterricht diente hier nicht etwa der Interkulturalität, sondern der verbesserten Assimilation und Integration. Insgesamt war die Politik der *Unidad Popular* eine Fortführung des *indigenismo* der 1950er und 1960er Jahre im Kontext des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Es handelte sich um einen revolutionären *indigenismo*, dessen Ziel eine Integration der *Mapuche* in eine neue sozialistische Gesellschaft war, die kulturelle Differenzen respektierte. In diesem diskursiven Raum war aber kein Platz für eine relative Autonomie und Selbstbestimmung der indigenen Völker, wie sie heute gefordert wird.

## Mapuche im Klassenkampf

Mitte der 1960er Jahre waren die *Mapuche*-Organisationen sehr geschwächt. Die bis dahin hegemoniale *Corporación Araucana* erlitt auf ihrem zentralen Politikfeld, der Verhinderung der Teilung der *comunidades*, durch das von der Regierung Alessandri 1961 erlassene Gesetz 14.511 einen herben Rückschlag. In der Folgezeit wurde sie immer weniger durch rationale politische Forderungen integriert, sondern allein durch die charismatische Führungspersönlichkeit Venancio Coñoepans, der für die *Mapuche* den Archetypen des Kaziken repräsentierte. Zwei Jahre nach seinem Tod 1967 löste sich die *Corporación* in der *Confederación de Sociedades Mapuches* auf. In dieses machtpolitische Vakuum versuchten sich Anfang der 1960er Jahre eine Reihe neuer Organisationen zu drängen, die aber alle von recht kurzem Bestand waren. Parallel zu dieser organisatorischen Schwäche formte sich bereits unter der Regierung Alessandri ein neuer politischer Diskurs aus. Der Anerkennungskampf der *Corporación Araucana* wich einem bäuerlichen Umverteilungskampf der von nahezu allen Organisationen grundsätzlich geteilt wurde. Erstes Ziel war zwar weiterhin, die Teilung der *comunidades* zu verhindern und das Gesetz 14.511 zu bekämpfen. Doch rückten Forderungen nach sozio-ökonomische Forderungen wie staatliche Hilfe für die bäuerliche Ökonomie und eine Agrarreform in den Mittelpunkt (Foerster 1987: 14-15).

Dieser neue Mobilisationszyklus verstärkte sich unter der Regierung Frei (1964-1970), die unter dem Motto »Revolution in Freiheit« eine kapitalistische Reformierung und Modernisierung der verkrusteten Gesellschaftsstrukturen anstrebte, wozu vor allem auch eine Agrarreform und die Gründung von Bauerngewerkschaften und -kooperativen gehörte. Parallel dazu wurden landwirtschaftliche Kredite vergeben, neue Schulen gebaut und Stipendien vergeben. Kurz: die Regierung Frei versuchte, auf den bäuerlichen Um-

verteilungskampf der *Mapuche* mit einer begrenzten Umverteilungspolitik im Rahmen des kapitalistischen Systems zu reagieren. Doch dies scheiterte auf Grund der großen strukturellen Ungleichheiten und da die grundlegenden Herrschaftsstrukturen nicht ernsthaft angetastet wurden: „Trotz all dieser Maßnahmen ging die Indígena-Bewegung über den »Reformismus« hinaus.“ (Foerster/Montecino 1988: 354). Eine herausragende Rolle spielten dabei die *comunidades* selber, die zum Teil unabhängig von den *Mapuche*-Organisationen ihre konkreten Landprobleme mittels Landbesetzungen lösen wollten und dabei den tief verwurzelten Legalismus der Organisationen überschritten.

## Umverteilungskampf und Revolution

Die revolutionär-bäuerliche Strömung trat zuerst mit der *Federación Nacional Campesina e Indígena de Chile Ranquil* auf, die bereits organisatorisch *Mapuche*- und nicht-*Mapuche*-Bauern verband, die Landnahmen zu Beginn der 1960er Jahre unterstützte und in den chilenischen Gewerkschaftsverband CUT und die PC einbrachte. Mitte der 1960er Jahre aber konzentrierte sich diese Organisation auf die Landkämpfe der Bauern des Zentraltales, dem landwirtschaftlichen Kernbereich und der Trutzburg des Latifundismus, und stellte ihre Aktionen in der Araucanía zunächst einmal zurück. Dadurch wurde der Raum für eine neue Organisation, die *Federación de trabajadores agrícolas y Mapuche Luis Emilio Recabarren* geöffnet, die enge Kontakte mit der *Federación Nacional* pflegte. Die 1969 für Arauco und Malleco gegründete Organisation bezog sich schon mit der Namensgebung auf die kommunistische Tradition – Recabarren war der Gründer der PC – und arbeitete an der Artikulation der Forderungen der *Mapuche* mit dem revolutionären Diskurs. In den Worten des *Mapuche*-Führers Huenumán, der selber über seine Klassenlage als Arbeiter in den Kohlewerken Araucos politisiert wurde, liest sich dies in der kommunistischen Parteizeitung *El Siglo*, so: „*huincas* und *Mapuche*, wir gehören zu ein und derselben sozialen Klasse (*hunica* ist der *compañero*, der nicht *Mapuche* ist, denn der *momio* nennt sich nicht *huinca*), die von dem gleichen Feind ausgebeutet und erniedrigt wird: dem Großgrundbesitzer.“ (EL SIGLO vom 5.12.1969 zitiert in Foerster 1987: 21).<sup>96</sup> Andere wesentliche *Mapuche*-Organisationen waren der *Movimiento Indígena de Chile* (1965) und die *Federación Araucana el Toqui* (1966), die eine links-indigenistische Strategie des bäuerlichen Umverteilungskampfes vertraten, sowie die von *Mapuche*-Studierenden gegründete *Federación Universitaria Indígena* (1966).

Der Diskurs der *Mapuche*-Bewegung artikulierte sich zunehmend mit dem revolutionär-bäuerlichen Diskurs des Linksbündnisses FRAP, das seit 1958 von Salvador Allende angeführt wurde. Aus der FRAP ging später die UP

hervor. Parallel zu dieser immer engeren Artikulation vereinigten sich zu Beginn des Jahres 1970 alle wesentlichen Einzelorganisationen unter dem Dach der *Confederación de Sociedades Mapuches* oder *Confederación de Asociaciones Mapuches* unter der Führung ihres Präsidenten Antonio Millape. Auf ihrem Höhepunkt vereinigte die *Confederación* 45 Regionalgruppen aller wichtigen *Mapuche*-Organisationen.

Außerhalb der *Confederación* blieben die revolutionären Gruppierungen wie die *Ñetuain Mapu*, die von der maoistischen *Partido Comunista Revolucionario* beeinflusst war und die Bauernorganisation des MIR. Ebenso wie der MIR sich nicht der UP anschloss, aber ihr mit kritischer Solidarität zur Seite stand, war auch das MIR-nahe *Movimiento de Campesinos Revolucionarios* (MCR, 1970 gegründet) nicht in der *Confederación* organisiert. Der unter dem nachhaltigen Eindruck der kubanischen Revolution und der Wahlniederlage der FRAP 1964 von linken Intellektuellen gegründete MIR vertrat als einzige revolutionäre Bewegung in Chile einen an der guevaristischen Fokus-Theorie orientierten bewaffneten, anti-imperialistischen Kampf. Hauptansatzpunkte waren die verarmten *poblaciones* und der ländliche Sektor, vor allem in Zonen der Zentralprovinz und der Provinz Cautín. Auf Grund einer zähen Basisarbeit konnte der MIR seine revolutionären Forderungen mit den konkreten Bedürfnissen der *comunidades* nach Land verbinden und zahlreiche spontane Landbesetzungen organisieren. Diese spontanen Landbesetzungen und Enteignungsaktionen waren sicherlich auch ein Motor der Landreform der UP. Organisatorisch setzte das MCR ab 1971 auf die Bildung autonomer, basisorientierter Bauernräte, die *consejos campesinos*, die vor allem in der Provinz Cautín die Landnahmen organisierten.<sup>97</sup>

Statt auf Orientierung an den *comunidades* setzte die *Confederación* die alte indigenistische Tradition der Orientierung an Staatsinterventionen fort und konnte diese erfolgreich mit dem Diskurs der UP artikulieren. Wesentliche Erfolge waren das im September 1972 erlassene Indígena-Gesetz 17.729, das zentrale Forderungen der *Mapuche*-Bewegung aufnahm, die Gründung des *Instituto de Capacitación Indígena*, und die Ernennung eines *Mapuche* als Direktor und stellvertretendem Direktor des DASIN. Die Auswirkungen und die potentielle Wirksamkeit dieser gesellschaftstransformierenden, am revolutionären Indigenismus orientierten Maßnahmen konnten auf Grund des abrupten Endes der UP durch den Militärputsch am 11. September 1973 nicht realisiert werden.

## Individuum, Klasse, Gemeinschaft

In den *comunidades* setzte sich die seit den 1930er Jahren bestehende Tendenz zur Übernahme moderner Organisationsstrukturen weiter durch. Milan Stuchlik arbeitete heraus, dass die *comunidad* der 1960er Jahre in der Regel über einen geringen und weitgehend westlich-geprägten Organisationsgrad verfügte, während traditionelle Organisationsformen und Autoritäten an Bedeutung verloren. Für Stuchlik sind die Schule mit dem Elternzentrum, dem *centro de padres*, die Sportvereine, vor allem Fußball, und das *Comité de Pequeños Agricultores* die wesentlichen Säulen der *comunidad* (Stuchlik 1970: 110). Dabei gehen die *Comites de Pequeños Agricultores* direkt auf die agrar-reformerische und am Leitbild der Kooperativen orientierten Vorstellung der christdemokratischen Regierung Frei (1964-1970) zurück, die diese wie auch die Kooperativen finanziell unterstützte.<sup>98</sup> Unterhalb dieser institutionellen Ebene fanden sich jedoch Formen der gegenseitigen Hilfe und reziproker Verpflichtungen, die durch persönliche Beziehungen oder aber Verwandtschaftsbeziehungen determiniert waren. Damit wurden inter-personelle Beziehungen auf- und Gruppen-Normen abgewertet. Insgesamt macht Stuchlik deutliche Individualisierungstendenzen in den *comunidades* aus, die er als aktiven Anpassungsprozeß der *Mapuche* an die neuen Gegebenheiten sieht (Stuchlik 1976: 91-98).

So verlor die Gefolgschaft zum Kaziken ökonomisch (d.h. vor allem für den Zugang zu Land) an Bedeutung und damit an Bindungskraft, während für den Zugang zu Land interpersonelle Beziehungen, besonders auch Heiraten, eine größere Rolle spielten. Auch politisch-administrativ besaßen die vom *lonco* repräsentierten Gruppen-Normen nicht mehr die alleinige Gesetzeskraft, sondern vielmehr war jeder Einzelne direkt und individuell den chilenischen Autoritäten als Staatsbürger untergeordnet. Aus dieser Situation heraus verloren die Gruppennormen an Bindungskraft, während die Einzelnen über inter-personelle, auf Reziprozität basierende Netzwerke ihr Leben zu meistern versuchten. Verwandtschaftsethnologisch ergänzt Stuchlik die Individualisierungsthese dadurch, dass die *Mapuche* ursprünglich in kleinen patrilinealen und patrilokalen Gruppen lebten und zur Allianzbildungen Frauen aus anderen Patri-Gruppen geheiratet wurden. Mit der Zwangsansiedlung in den *comunidades* aber brach der Kontakt zu anderen Gruppen weitgehend ab, und die Heiraten fanden im Inneren der *comunidad* statt, womit die Unterscheidung zwischen nahen und entfernten Verwandten an Bedeutung verlor, sich zunehmend ein bilaterales System ausbildete und somit die Bedeutung interpersoneller Entscheidungen bei der Heirat zunahm. Funktionalistisch argumentiert Stuchlik, dass die traditionellen Strukturen diesem vom chilenischen Staat induzierten Wandel nicht angepasst waren, „nicht weil sie an sich

schlecht oder unzureichend wären, sondern weil sie zur Lösung anderer Probleme geschaffen wurden.“ (Stuchlik 1976: 98).

Auf der identitären Ebene ging die Erfahrung von Rassismus, Kolonialisierung, Ausgrenzung und Ausbeutung mit einem gesteigerten ethnischen Bewusstsein einher, das zum einen auf eigenen Merkmalen wie Sprache oder gegenseitige Hilfe und Gastfreundschaft und zum andern auf der diametralen Abgrenzung von den dominanten Chilenen basierte. Für die Chilenen galt die Äquivalenzkette *huinca* – Dieb – reich, die der Äquivalenzkette der *Mapuche*, *Mapuche* – Bestohler – arm, spiegelverkehrt entgegenstand. Doch lassen sich gerade auch beim letzten Gegensatzpaar »arm-reich« Kontaminierungen ausfindig machen, denn die armen, chilenischen Kleinbauern unterschieden sich kaum wesentlich von den *Mapuche*. Als Stuchlik diesen Widerspruch bei seiner Feldforschung ansprach, bekam er zur Antwort, „dass diese Bauern in Wirklichkeit keine Chilenen sind, sondern dass sie wie *Mapuche* sind, da sie dort geboren wurden, aufwuchsen und mehr oder weniger die Sprache der *Mapuche* beherrschen.“ (Stuchlik 1970: 106). Hier deutet sich an, wie der ethnische Diskurs sich auch in den *comunidades* zunehmend mit dem klassenkämpferischen Diskurs artikulierte und zu neuen Identitätslinien führte.

Neben der Frage, wie und ob sich die *Mapuche*-Identität mit einer Klassenidentität verband, ist auch die Frage der sozio-ökonomischen Differenzierung in den *comunidades* selbst von Bedeutung. Marxistisch orientierte Anthropologen wie Saavedra und Berdichewsky versuchten in den 1960er Jahren ökonomische Ungleichheiten in den *comunidades* herauszuarbeiten, die sie als Bestandteile der regionalen und nationalen strukturellen Ungleichheiten und Klassenlagen interpretierten (Saavedra 1971: 64; Berdichewsky 1979). Dem entgegen betonten Bengoa und Valenzuela die relative Homogenität im Inneren der subsistenzorientierten *comunidades*, die sie an folgenden sozio-ökonomischen Indikatoren festmachen: „Die Existenz einer Ökonomie, die keine Arbeitskraft unter Vertrag nimmt, die mit ähnlichen Mitteln arbeitet, die keine wesentlichen Ungleichheiten bezüglich der Kontrolle von Land und der Verfügung über Produktionsmittel aufweist, erlaubt die Folgerung, dass es sich um relativ homogene Ökonomien handelt.“ (Bengoa/Valenzuela 1984:158-159).<sup>99</sup> Sie folgern: „Allgemein gesprochen, können wir sie als eine Ökonomie beschreiben, die eine homogen arme Gesellschaft hervorbringt.“ (Bengoa/Valenzuela 1984: 159-160).

Mit dem Ende 1959 erlassenen Gesetz 14.511 hing nun die Zerteilung der *comunidades* nicht mehr nur von der 2/3 Mehrheit in den *comunidades* ab, sondern konnte ohne Zustimmung der *comuneros* vom chilenischen Präsidenten angeordnet werden. Dieser erneute Zugriff auf das Land der *Mapuche* führte in einem Kontext rassistischer und klassistischer Diskriminierung in

den Jahren 1961-62 zu einer ersten massiven Welle von Landbesetzungen, die sich auf die Provinzen Arauco, Malleco und Cautín konzentrierten. Diese erste Welle der direkten Aktionen entstand aus den *comunidades* heraus und wurde durch die *Federación Campesina e Indígena* unterstützt. Weitere Gründe waren neben der Änderung der Indígena-Gesetzgebung vor allem die zunehmende Verelendung in den *comunidades* und die Verschärfung des Minifundismus durch Bevölkerungswachstum bei gleichbleibender Landfläche. Gab es laut Volkszählung von 1952 130.000 *Mapuche*, so kamen Schätzungen von DASIN aus dem Jahre 1963 auf 350.000 *Mapuche* in den *comunidades*, und zu Beginn der Allende-Regierung wurde die Zahl der ruralen *Mapuche* auf 400.000 und die der urbanen auf 100.000 geschätzt (Cantoni 1972: 254).

Ende der 1960er Jahre, in einem gesellschaftlichen Kontext, in dem sich die Klassenkämpfe zugespitzt hatten, kam es zu einer erneuten Welle von Landbesetzungen aus den *comunidades* heraus, die wiederum ihren Schwerpunkt in der Provinz Cautín hatten. Während jedoch die erste Welle stärker direkt aus den *comunidades* kam, war bei der zweiten Welle ein wesentlicher Einfluss des MCR bei der Organisation und Durchführung der Landbesetzungen festzustellen. Die *comuneros* hofften, ihr konkretes Problem der jahrzehntelang usurpierten Länder nun durch eine Verflechtung mit den revolutionären Kräften lösen zu können. Dabei überschritten sie anders als viele *Mapuche*-Organisationen den vom chilenischen Staat gesetzten legalen Rahmen, dem sie ihr eigenes Recht entgegensetzten. Es ging den *comunidades* weniger um die Transformation der bestehenden Gesellschaft denn um die Wiedererlangung gemeinschaftlicher Räume.

## Für eine andere Gesellschaft

Aus einer epistemologischen Perspektive betrachtet, müsste die Regierung der *Unidad Popular* der vorangegangenen Phase der Modernisierung zugeordnet werden. Die sozialistische Regierung der *Unidad Popular* bewegte sich in der gleichen Gedankenwelt wie die vorangegangene Regierung des Christdemokraten Frei. Auch politische Initiativen wie die Agrarreform übernahm die UP von ihrer Vorgängerregierung und führte sie weiter. In diesem Sinne war vor allem Allende darauf bedacht, die bestehenden verfassungsrechtlichen Strukturen zu wahren. Die Regierung der UP war von einem strengen Legalismus gekennzeichnet. Politisch-strategisch glaubte man, mit der Kontrolle des Staatsapparates auch die Machthebel in der Hand zu halten. Der große politische Unterschied der Regierung der UP bestand in einer an-

deren Interessenspolitik: statt die Interessen der Eliten und ausländischen Konzerne zu vertreten, wurden die Interessen derer vertreten, die bisher am Rande der chilenischen Gesellschaft standen.

Dass die *Unidad Popular* die *Mapuche* aus politisch-strategischen Gründen »wiederentdeckt« hätte (Nohlen 1973: 186-187), erweist sich als gegenstandslos, wenn die Beziehungen zwischen UP und *Mapuche* genauer betrachtet werden. Allein schon die bereits erläuterte Partizipation beim Entwurf des Agrarreformgesetzes macht deutlich, dass es sich um keine Instrumentalisierung handelte, sondern um den Versuch, eine neue, respektvolle Beziehung zwischen chilenischer Gesellschaft und *Mapuche* zu etablieren. Deshalb trifft es nicht den Kern des Problems, diesen Versuch des Aufbaus interkultureller Beziehungen als Fortführung des »*encuentro desencontrado*« zu beschreiben: „Sie sahen in den Maripe, Chiuailaf, Mariqueo und anderen dirigentes Lenin, Trotsky und Che Guevara. Und da wurden die Bilder vertrackt. Die einen wie die anderen glaubten zu sehen, was sie nicht waren. Die Jugendlichen aus Lautaro spielten Krieger und die Latifundistas glaubten, dass sie wirklich Krieger, Guerilleros wie in der Sierra Maestra, bewaffnete Sowjets wie in Petrograd 1917 wären. Die nicht-mapuche Jugendlichen trugen mit ihren Stiefeln und olivgrünen Uniformen ihren Teil zur Konfusion der stereotypen Bilder, die sich derzeit konstruierten, bei.“ (Bengoa 1999b: 152).

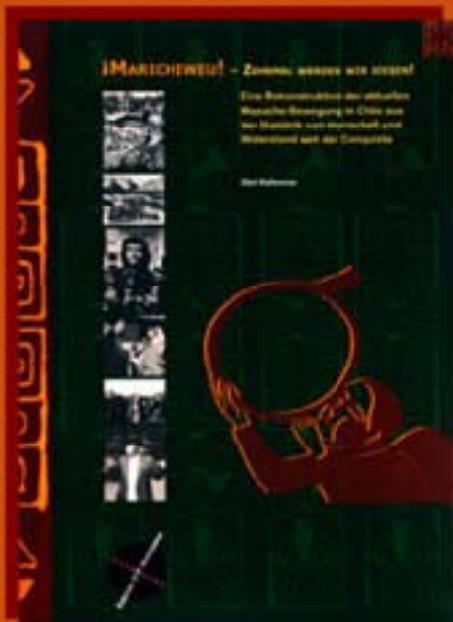
Sicherlich wurden von der Linken Stereotype aktiviert und revolutionäre Vorstellungen auf die *Mapuche* projiziert, aber m.E. greift dieses Erklärungsmuster zu kurz (Kaltmeier 2003). Zunächst einmal ist es auf Grund der historischen Entwicklung sinnvoll, zwischen *Mapuche*-Bewegung und den Gemeinschaften in den *comunidades* zu differenzieren. In den vorigen Kapiteln wurde herausgearbeitet, dass zwischen Bewegung und Gemeinschaften ein großer Unterschied besteht, der z.T. aus dem sozialen Milieu der einzelnen Personen herrührt. So setzte sich die Bewegung aus einer urbanen *Mapuche*-Elite zusammen, die auf eine Integration in die chilenische Gesellschaft hinarbeitete. Mitte der 1960er Jahre verbanden sich in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext der Zuspitzung der Klassenkämpfe Teile der *Mapuche*-Bewegung mit revolutionären Bauernbewegungen. Diese Artikulation war umso einfacher, da in der *Mapuche*-Bewegung ab Mitte der 1960er Jahre der bäuerliche Anerkennungskampf (Forderung nach Landrückgaben, nach Agrarkrediten, Verbesserung der Infrastruktur etc.) dominierte. Diese Forderungen aber unterschieden sich nur minimal von denen der verarmten Kleinbauern, *minifundistas* und *inquilinos*. Sie kumulierten in der Forderung nach einer Agrarreform. Diese Artikulation leitete sich zum Teil aus der Klassenlage der Aktivisten der Bewegung ab und war eine bewusste Strategie der *Mapuche*.

Da die Integration in die bestehende Gesellschaft eigentlich nach dem *indigenismo* Venancio Coñuepans gescheitert war, setzte die Bewegung auf die würdevolle Integration in die neue, sozialistische Gesellschaft.

Anders dagegen sah die Situation in den *comunidades* aus. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts hatten sie sich von der chilenischen Gesellschaft abgeschlossen und eine Widerstandskultur ausgebildet. Auch war die Beziehung zu den Bewegungs-Organisationen von Distanz geprägt. Zu Recht macht Bengoa deutlich, dass die *comunidades* von einem rückwärtsgewandten Zeitverständnis geprägt waren, während die UP, aber auch die *Mapuche*-Organisationen ihren Blick in die Zukunft richteten. Aber zwischen Bewegung und Gemeinschaften bestand eine Gemeinsamkeit in Hinblick auf die konkreten Ziele. So wie die Bewegung in ihrem bäuerlich-revolutionären Umverteilungskampf die Landfrage ins Zentrum rückte, stand auch in den *comunidades* die sich durch Erbteilung, Bevölkerungswachstum und Landraub zugespitzte Landfrage im Mittelpunkt. Mit verschiedenen Logiken arbeiteten also die Regierung der UP, die *Mapuche*-Organisationen und die *comunidades* an der Landfrage. Diese Logiken verflochten sich teilweise, wie das Beispiel der Agrarreform zeigte, oder sie widersprachen sich, was am Beispiel der spontanen Landbesetzungen deutlich wurde. Die vom Legalismus bestimmte Regierung der UP wollte die spontanen Landbesetzungen unterbinden, während die *comunidades* darin eine Möglichkeit zur raschen Wiedererlangung von Land sahen – für ihre abgeschlossene Gemeinschaft hatte der legale Rahmen keine Bedeutung. Hier trafen sie sich mit der wiederum unterschiedlichen Logik der radikalen Linken, die mittels spontaner Landnahmen die Agrarreform vorantreiben wollte. Die Landkonflikte waren aber nur ein Beispiel für das Spannungsverhältnis von Legalität und Legitimität in dem sich die Regierung der UP befand. Auf der einen Seite hielt sie an der Verfassung und dem Kompromiss mit den Christdemokraten fest, während sie sich auf der anderen Seite mit der Erwartungshaltung und dem »revolutionären Protagonismus der Massen« (Moulian 1998b) konfrontiert sah.

Zwischen *Mapuche*-Bewegung und UP gab es vielfältige gemeinsame Interessen und Übereinstimmungen, die sich auch institutionell niederschlugen. Auf den Kampf der *Mapuche*-Organisationen reagierte die Regierung der UP mit einer bäuerlichen Umverteilungspolitik sowie politisch-kulturell mit einer am *indigenismo* ausgerichteten Anerkennungspolitik. Diese staatliche Indígena-Politik befriedigte vor allem die bäuerlichen Ansprüche der *Mapuche*, nahm aber mit der Definition eines kulturalistischen Indígena-Gesetzes die ethnischen Ansprüche auf. Die Agrarreform, das Indígena-Gesetz und das *Instituto de Estudios Indígenas* aber zielten weiterhin auf die Integration der *Mapuche* ab. Insofern gab es an dieser Stelle keinen entscheidenden

Bruch zu der Vorgängerregierung. Die Distanz zu den *comunidades* blieb weiterhin groß. Aber im Vergleich zu den Vorjahren gab es vor allem durch die Landrückgaben und die Zentralität kultureller Elemente im Indígena-Gesetz eine tendenzielle Annäherung zwischen chilenischer Gesellschaft und *Mapuche*-Gemeinschaften. Dennoch hatte die UP keine ausdifferenzierte Indígena-Politik. Grob vereinfachend standen sich ein klassenkämpferischer Diskurs, der die ethnische Frage als Nebenwiderspruch abklassifizierte und für eine Assimilation der *Mapuche* als Bauern in die neue Gesellschaft eintrat, und ein kulturalistischer Diskurs, der die *Mapuche* als ethnische Minderheit in der chilenischen Gesellschaft betrachtete, gegenüber. Spekulativ ist die Frage, in welche Richtung sich die bereits nach drei Jahren gewaltsam abgebrochenen Politik der UP gerichtet hätte.



**Edition ITP-Kompass:  
Neuerscheinung 2004**

**Bezug (im Buchhandel oder):  
Institut für Theologie und Politik  
Friedrich-Ebert-Str. 7  
48153 Münster**

**Tel: 0251-524738**

**Fax: 0251-524788**

**Mail: [itpol@muenster.de](mailto:itpol@muenster.de)**

**Preis: 24,80 € (incl. Porto & Verpackung)**

**Kaltmeier, Olaf:**

## **¡Marichiweu! – Zehnmal werden wir siegen!**

**Eine Rekonstruktion der aktuellen Mapuche-Bewegung  
in Chile aus der Dialektik von Herrschaft und Widerstand  
seit der Conquista. Münster, Edition ITP-Kompass, 2004**

**420 Seiten, Paperback, ISBN 3-9809421-0-4**

**Conquista – die erste Eroberung • Die »Erstarrte Conquista« • Moderne  
– Die zweite Eroberung • Modernisierung • Hoffnungsschimmer – Unidad  
Popular (1970-1973) • Diktatur • Transition und Transformismus •  
Scheitern der Übereinkunft von Nueva Imperial • Re-Konstruktion von  
Widerstand – Eine qualitative Studie über die aktuelle Mapuche-Bewegung  
in Chile**